

# Putins Spione lieben die Schweiz

Unser Land avanciert immer mehr zum Zentrum für Moskaus Geheimdienste. Effektive Gegenmassnahmen lassen auf sich warten.

**Simon Marti**

Europa ist ein raues Pflaster für die russischen Geheimdienste. Es sei denn, sie operieren in der Schweiz. EU-Staaten haben seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine Hunderte als Diplomaten getarnte Spione ausgewiesen. Hierzulande bleiben selbst eindeutig identifizierte Agenten unbehelligt. Die Folgen sind eindrücklich: Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) hat ermittelt, dass inzwischen ein Fünftel aller in Europa eingesetzten russischen Nachrichtendienst-Offiziere in der Schweiz stationiert sind. Das sind über 80 Agenten, wie ein hoher NDB-Beamter Anfang September den Mitgliedern der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrates eröffnete. Auf Anfrage kommentiert der Nachrichtendienst diese Angaben nicht.

Unbestritten ist, dass die Schweiz immer wichtiger wird für Moskau. Wien, Brüssel und Genf stünden seit je im Fokus, sagt Adrian Hänni, Historiker und Geheimdienst-Fachmann. «Nun haben die belgischen Behörden

gezielt Schlüsselmitarbeiter der russischen Geheimdienste ausgewiesen. Das steigert die Bedeutung der Schweiz für Russland.» Es gebe klare Anzeichen dafür, dass die in Bern oder Genf akkreditierten Personen heute Aufgaben übernähmen, die zuvor im Ausland erledigt worden seien.

Laut Hänni könnten von der Schweiz aus ganze Agentennetze geführt und mit Instruktionen versehen werden. «Das ist aufgrund der Massnahmen in anderen europäischen Staaten wie Frankreich oder Deutschland zunehmend schwierig geworden.» Die hiesigen Behörden seien traditionell viel toleranter. In der Schweiz sei es Putins Nachrichtendienstern möglich, die russische Diaspora zu überwachen und Möglichkeiten auszuloten, wie die westlichen Sanktionen umgangen werden könnten.

Die notwendige Infrastruktur ist längst etabliert. «Die Schweiz war schon vor Kriegsausbruch ein wichtiger Standort. Das hängt mit den internationalen Institutionen

in Genf zusammen, aber nicht nur», betont Hänni. «Das Land dient den russischen Geheimdiensten als Drehscheibe und Logistikbasis.» So etwa beim Anschlag auf den russischen Überläufer Sergei Skripal, der 2018 im englischen Salisbury vergiftet wurde. Skripal überlebte, eine unbeteiligte Frau kam ums Leben. «Diese Operation wurde im Raum Genf vorbereitet», sagt Hänni.

## «Nicht naiv sein»

Dass russische Dienste jetzt noch stärker in die Schweiz drängen, birgt politisches Sprengpotenzial. «Diese ausländischen Agenten stellen eine Bedrohung für die innere und äussere Sicherheit der Schweiz dar», ist SP-Nationalrat Fabian Molina überzeugt. «Da die diplomatische Immunität sie vor der Strafverfolgung schützt, müssen wir dafür sorgen, dass sie das Land verlassen.» Gerhard Pfister, Präsident der Mitte, pflichtet ihm bei. «Wir sollten nicht naiv sein», mahnt er. «Die Bedrohung durch russische Geheimdienste ist real. Und sie nimmt in der Tendenz zu, wenn die Schweiz, anders als andere europäische Staaten, diese Personen toleriert.»

Beide Politiker sorgen sich um den Ruf der Schweiz als Gastgeberin internationaler Konferenzen. «Denn der Kampf um Informationen tobt, auch und gerade in der Schweiz», sagt Molina. «Wenn wir das internationale Genf einigermaßen sauber halten wollen, muss der Bund ausländische Agenten ausweisen. Sonst stellen die Amerikaner oder die Europäer irgendwann die Frage, warum die Schweiz die Aktivitäten russischer Nachrichtendienste nicht unterbinde», so Pfister.

Die Aussenpolitische Kommission stimmte kürzlich einem Vorstoss zu, der die konsequente Ausweisung von Spionen verlangt. Die Chancen der Motion im Parlament sind aber unsicher. SVP und

Freisinn stemmen sich dagegen.

Die Russen hätten noch nach jeder grösseren Ausweisung zurückgeschlagen, meint SVP-Aussenpolitiker Roland Rino Büchel warnend. «Eine Mehrheit in der Aussenpolitischen Kommission sucht den öffentlichkeitswirksamen Auftritt», kritisiert der St. Galler Nationalrat. «Das bringt uns nicht weiter. Im Gegenteil: Wenn wir anfangen, mit grossem Getöse Personal der russischen Vertretungen aus unserem Land zu werfen, dann ist die Schweizer Botschaft in Moskau in ein paar Tagen leer, so viel ist sicher.» Für FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann, der nach den Wahlen das Präsidium der APK übernimmt, sind die Rufe nach einer Ausweisung der Spione «purer Populismus». Ein grosser Teil dieser Nachrichtenbeschaffung ist aus seiner Sicht «legal und im Grunde unproblematisch».

### **Fast 300 Einreiseverbote**

«Wenn es massive Verstösse gibt, welche unsere Sicherheit gefährden, reagiert die offizielle Schweiz individuell und wirkungsvoller als mit einem pauschalen Ansatz, den SP und Mitte propagieren», ist Portmann überzeugt.

Der Konflikt im Parlament spiegelt sich in der Regierung. «Der Bundesrat verhängt keine Sank-

### **«Die Schweiz dient den russischen Geheimdiensten als Drehscheibe und Logistikbasis.»**

tionen in Form von Ausweisungen von Diplomaten», erklärt das Aus-

sendepartement (EDA) von Bundesrat Ignazio Cassis. Die Kommunikationskanäle mit Russland müssten aufrechterhalten werden, vor allem im Interesse des Schutzmachtmandates, das die Schweiz für Georgien ausübe. Und weiter: «Wenn die Schweiz Diplomaten ausweist, geschieht dies aus Gründen der inneren Sicherheit, und diese Fälle werden nicht öffentlich kommuniziert.» Diese Fälle lassen sich an einer Hand abzählen. Die Rede ist von ein bis zwei Ausweisungen pro Jahr.

Strikter verfährt das EDA bei den russischen Diplomaten, die aus anderen Staaten ausgewiesen wurden. Sie werden präventiv mit einem Einreiseverbot belegt. So lautet zumindest das offizielle Credo. Gemäss gut informierten Quellen hat der Bund seit Kriegsausbruch insgesamt 270 solcher Einreiseverbote verfügt. Nur: Die Europäer haben im gleichen Zeitraum mehr als 600 russische Diplomaten ausgewiesen.

Anders als im EDA könnte man sich dem Vernehmen nach im Verteidigungsdepartement von Viola Amherd einen härteren Kurs gegenüber den spionierenden Diplomaten vorstellen. Der ihr unterstellte NDB hält sich aber bedeckt. «Die russischen Spionageaktivitäten sind seit langer Zeit ein Hauptfokus des NDB», schreibt eine Sprecherin. Der Ukraine-Krieg habe die Richtigkeit dieses Kurses bestätigt. Wie aber die Schweiz dieser Bedrohung begegnen soll, darüber ist man sich in Bund und Parlament noch immer uneins. Ideale Bedingungen für Moskaus Spione.

## **Ukraine-Krieg**

### **Bund unter Druck**

**Nicht nur beim Umgang mit russischen Agenten fährt die Schweiz einen eigenen Kurs. Besonders umstritten ist Berns Weigerung, westlichen Staaten die Weitergabe von Waffen und Munition an die Ukraine zu erlauben. Seit Monaten müht sich das Parlament an einer Lösung ab, der Ausgang ist völlig offen. Der Bundesrat verweist derweil auf die Neutralität. Verstanden wird er von seinen Partnern kaum.**

**Dringlich ist auch die Forderung aus Brüssel und Washington, dass die Schweiz der Task-Force Repo (Russian Elites, Proxies, and Oligarchs) der G-7-Staaten beitrifft. Diese will die Vermögen russischer Oligarchen aufspüren und blockieren. Dass Schweizer Behörden zwar eng mit der Task-Force kooperieren, der Bund ihr aber formal fernbleibt, sorgt im In- und Ausland für Kopfschütteln. (msi.)**